

[Aus der Region](#)

Aus der Region: Auch Juister bei Demo auf Borkum gegen Erdgasbohrungen dabei

Beigetragen von JNN am 06. Sep 2025 - 17:39 Uhr

Vor Borkum wird jetzt nach Gas gebohrt und Klimaaktivisten protestieren am vergangenen Freitag dort, auch die Inseln Juist und Norderney waren dabei, denn es fand vor dort eine Tagesfahrt nach Borkum mit der „Frisia XI“ statt. Gemeinsam mit rund 400 Aktivisten wurde gegen die Gasförderung vor der Nordseeinsel protestiert.

Kaum vorstellbar, dass dieses noch zu stoppen ist. Gut 23 Kilometer von der Insel Borkum entfernt steht die Förderplattform in der Nordsee, umgeben vom Unesco-Weltnaturerbe Wattenmeer. Der Bau ist abgeschlossen, der Betreiber, das niederländische Unternehmen One Dyas, hat schon mit der Arbeit begonnen.

Vor wenigen Tagen hat das Projekt eine letzte Hürde genommen: Das niedersächsische Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie hat seine Zustimmung für den "Sofortvollzug" erteilt. Obschon die Landesregierung uneins ist: Energie- und Klimaschutzminister Christian Meyer (Grüne) ist der Meinung, Deutschlands Energieversorgung sei auch ohne das Gas vor Borkum sicher. Wirtschaftsminister Grant Hendrik Tonne (SPD) hingegen hält das Projekt "in Zeiten von geopolitischen Unsicherheiten" für einen "Baustein für unsere Versorgungssicherheit".

Dass auf einmal alles so schnell ging, liegt auch an Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU), die das Gas vor der Insel zur Priorität erklärt hat. Es dauerte nur wenige Wochen, da hatte sie schon das noch ausstehende, sogenannte Unitarisierungsabkommen mit den Niederlanden ins Kabinett geschleust. Der völkerrechtliche Vertrag ist nötig, weil die Plattform zwar noch knapp auf niederländischem Boden steht, das Gasfeld sich aber auch auf deutsche Gebiete erstreckt. Reiches Vorgänger Robert Habeck (Grüne) hingegen hatte noch auf Zeit gespielt, die Unterzeichnung immer wieder hinausgezögert. Offiziell mit Verweis auf Klagen gegen das Projekt und ausstehende Gerichtsurteile. Doch man darf davon ausgehen, dass er es als Grünen-Politiker unbedingt vermeiden wollte, in seiner Amtszeit neuen Förderprojekten zuzustimmen.

Mit Schwarz-Rot und der neuen Wirtschaftsministerin hat sich die Haltung der Bundesregierung grundlegend geändert. Reiche setzt auf Gas als Übergangslösung auf dem Weg zur Klimaneutralität, sie will gut vierzig neue Gaskraftwerke bauen lassen.

Und auch unter Fachleuten ist weitgehend unumstritten, dass das Land in den nächsten Jahren weiterhin auf Gas angewiesen sein wird – wenngleich die Annahmen, in welcher Größenordnung das der Fall sein wird, variieren. Allein der Blick in Deutschlands Heizungskeller macht deutlich: Mehr als die Hälfte aller Wohnungen wird noch immer mit Gas beheizt.

Auch in der Stromerzeugung kommt Erdgas in den nächsten Jahren eine wichtige Bedeutung zu, gibt der Energieökonom Malte Küper vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln zu bedenken. Und für die Industrie sei Erdgas trotz des Preisanstiegs infolge der Energiekrise immer noch der wichtigste Energieträger – und werde dies auch einige Jahre bleiben, schlicht, weil die klimafreundlichen Alternativen fehlten.

Allerdings tue die Regierung gerade auch wenig dafür, diese Alternativen zu schaffen. Dafür bräuchte es dringend Zugang zu klimafreundlichem Wasserstoff, doch zuletzt sind immer mehr Projekte gescheitert, auch weil es an Investoren, öffentlichem Geld und Planungssicherheit fehlt. So aber bleibe Erdgas bis in die 2030er-Jahre ein unverzichtbarer Energieträger, sagt Küper.

Nur ein Prozent würde vor Borkum gefördert werden im Vergleich zu anderen Gasförderungen. Nur: Ist dafür ein Gasfeld vor Borkum nötig?

Das bezweifeln die Demonstranten. Der Focus muss auf erneuerbare Energien gesetzt werden und sie erwarten eine zukunftsorientierte Energiepolitik mit Weitsicht, ob Wärmepumpen,Offshore-Windparks und es gibt noch so viele weitere Alternativen!

„Wir zerstören die Natur und den Lebensraum vieler Meerestiere in einem sensiblen Ökosystem! Alles wird über Bord geworfen, weil ein Großkonzern Geld und Macht hat dieses durchzusetzen?“

Nein, das letzte Wort ist noch nicht gesprochen und jeder, der sich nur etwas mit der Gasförderung in Groningen und mit der Beantragung in der Nordsee befasst hat, kann nur an die Verantwortlichen appellieren, nicht dem zuzustimmen und vehement für die Umwelt, Natur und anliegende Bewohner einzusetzen!

Es gibt Hoffnung, denn Umweltverbände haben in Den Haag Klage eingereicht. Greenpeace Nordic bekommt Recht gegen Ölförderprojekte in Norwegen. Das Land präsentiert sich als nachhaltiger "Ocean Champion", aber beutet das Meer auf der Jagd nach Ressourcen aus, als wäre es ein Industriegebiet. Zusammen mit der Jugendorganisation "Natur og Ungdom" hat Greenpeace Nordic gegen drei neue Ölförderprojekte Norwegens geklagt – und nun in allen Punkten Recht bekommen. Die Arbeiten müssen SOFORT eingestellt werden. Das ist ein wichtiges Urteil und ein starkes Signal an die norwegische Regierung sowie Regierungen weltweit: Die Industrie darf die Meereskrise nicht weiter durch Abbau-Projekte verschärfen. Auch die fatalen Tiefseebergbau-Pläne, die Norwegen gerade in seinen arktischen Gewässern vorantreibt, sollten entsprechend eingeordnet werden. Dieses Urteil bzw. Klage wurde in den Niederlanden bei Gericht gegen One Dyas eingereicht! Es bleibt also weiter spannend und die Inseln sind weiter dabei.

TEXT UND FOTOS: HEIKE HEIKEN

Article pictures





